

1 Leittrag**2 10-Punkte-Programm zur Landespolitik in Baden-Württemberg**

**3 Das 10-Punkte-Sofort-Programm fixiert Leitlinien der Politik der LINKEN in Baden-
4 Württemberg bis zur Landtagswahl. Es soll gleichzeitig Grundlage und Zielorientierung
5 für das Landeswahlprogramm sein, das 2010 erarbeitet wird.**

6 Die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft Ba-
7 den-Württemberg als Automobil- und Ex-
8 portland besonders hart. Ein Drittel der Be-
9 triebe der Automobilzulieferindustrie und
10 des Maschinen- und Werkzeugmaschinen-
11 baus befürchtet das wirtschaftliche Aus,
12 fast jeden Tag kündigt ein anderer Betrieb
13 wirtschaftliche Probleme oder gar Mas-
14 senentlassungen an. Die Finanzklemme
15 verschärft die Lage. Die Banken verwei-
16 gern den Betrieben Kredite oder verleihen
17 sie nur zu überhöhten Zinsen, die für viele
18 Betriebe nicht bezahlbar sind. Damit wer-
19 den die Wertschöpfungsketten gefährdet
20 und industrielle Kerne womöglich unwie-
21 derbringlich vernichtet.

22 Städte und Gemeinden, durch 25 Jahre
23 neoliberaler Politik geschwächt, geraten
24 durch dramatische Einbrüche bei den Ge-
25 werbesteuerereinnahmen in Finanznöte neu-
26 en Ausmaßes. Sie reagieren mit Sparpro-
27 grammen,

28 Sozialkürzungen und Personalabbau.
29 Angesichts der steigenden Zahl an Er-
30 werbslosen, Armen und Wohnungslosen
31 sind die Kommunen weniger denn je in der
32 Lage ihren Aufgaben für die Gemeinschaft
33 gerecht zu werden. Diesen Trend wird der
34 neue Ministerpräsident von Baden-
35 Württemberg, Stefan Mappus, gemeinsam
36 mit der schwarz-gelben Bundesregierung
37 durch weitere Steuergeschenke für Unter-
38 nehmen und Reiche befördern. Der dro-
39 henden Vernichtung zehntausender Ar-
40 beitsplätze schaut die Landesregierung ta-
41 tenlos zu.

42 Arbeitsplätze und Lebensqualität lassen
43 sich in Baden-Württemberg nur sichern,
44 wenn jetzt Weichen für eine zukunftsfähige
45 Wirtschaftsentwicklung gestellt werden
46 und zugleich für den Erhalt und Ausbau von
47 Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der
48 Wirtschaft und im öffentlichen Dienst ge-
49 sorgt wird!

50 Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE Baden-Württemberg ein 10-Punkte-Sofort-Programm:

**51 1. Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen und
52 Öffentlichen Sektor ausbauen**

53 10-Milliarden-Sofort-Programm

54 DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- 55 1. Einen Finanzschuttschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro für Bürgschaften und Kredite
56 2. Ein Zukunftsprogramm in Höhe von 5 Milliarden Euro

**57 Finanzschuttschirm für Baden-
58 Württemberg**

59 Die Landesregierung wird aufgefordert, ei-
60 nen Finanzschuttschirm für Baden-

61 Württemberg einzurichten. Das Geld soll in
62 einen Landesfonds fließen, der Betrieben
63 zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften
64 gewährt. Dieser Fonds von 5 Milliarden Eu-
65 ro soll Ausbildungs- und Arbeitsplätze in

66 den industriellen Kernen des Landes retten
67 und damit gleichzeitig die Handlungsfähig-
68 keit der Kommunen erhalten. Der Landes-
69 fonds wird drittelparitätisch durch Vertre-
70 terInnen der öffentlichen Hand, der Ge-
71 werkschaften und der Arbeitgeber kontrol-
72 liert.

73 **Fünf Milliarden Euro für ein Zukunfts-** 74 **programm mit dem Ziel:**

75 ★ Die öffentliche Daseinsvorsorge zu
76 stärken: bereits privatisierter Bereiche
77 der kommunalen Hand zu re-
78 kommunalisieren; den ÖPNV auszu-
79 bauen; die Gesundheitsversorgung zu
80 verbessern; in Schulen zu investieren.

81 ★ Den ökologischen Umbau voranzu-
82 bringen: regenerative Energien und
83 energetische Gebäudesanierung aus-
84 zubauen, neue Technologien zu erfor-
85 schen. Wo sonst, wenn nicht in Ba-
86 den-Württemberg mit seiner hocheffi-
87 zienten Forschungslandschaft sind
88 hierfür günstige Bedingungen gegeben
89 – noch! Die Konversion der Automo-
90 bilindustrie oder zumindest erhebli-
91 cher Teile davon in Richtung umwelt-
92 freundliche Mobilitätsentwicklung-
93 und Produktion ist voranzutreiben.

94 ★ Die Vereinbarkeit von Beruf und Fami-
95 lie zu stärken: Kindertagesstät-
96 ten/Horte ausbauen und die Situation

97 des Betreuungspersonals im Erzie-
98 hungswesen verbessern.

99 ★ Arbeitszeitverkürzung und mehr De-
100 mokratie: „Stunden statt Menschen
101 entlassen“. Arbeitszeitverkürzung bei
102 vollem Lohnausgleich – auch mit
103 staatlicher Unterstützung – das si-
104 chert die Existenz vieler Menschen
105 und ist sinnvoller und humaner als
106 Standortschließungen und Vernich-
107 tung von Arbeitsplätzen. In Zukunft
108 müssen wirtschaftsdemokratische
109 Konzepte befördert und unterstützt
110 werden. Die Bildung von Wirtschafts-
111 und Sozialräten in den Regionen ist
112 ein erster konkreter Ansatz.

113 ★ Aktive Bekämpfung der Jugendarbeits-
114 losigkeit

115 ★ Erwerbslosen Jugendlichen – allen
116 voran Förder- und Hauptschü-
117 ler/innen – die über den regulären Ar-
118 beitsmarkt keinen Ausbildungsplatz
119 bekommen, soll vom Land über eine
120 Ausbildungsplatz-Garantie der Zugang
121 zu einer Erstqualifikation ermöglicht
122 werden. Die Zahl der Ausbildungsplät-
123 ze im öffentlichen Sektor muss erhöht
124 werden. DIE LINKE fordert unverän-
125 dert eine Ausbildungsumlage zur Fi-
126 nanzierung neuer Ausbildungsplätze.
127 Wer nicht ausbildet muss zahlen.

128 **2. Die öffentliche Daseinsvorsorge und Finanzkraft der Kommunen stärken**

129 Gerade in der Krise müssen die Investitio-
130 nen der Kommunen erhöht werden. Schon
131 jetzt liegt die Personalausstattung im öf-
132 fentlichen Sektor unter dem europäischen
133 Schnitt liegen. Die Versäumnisse bei Bil-
134 dung, Sozialem und Ökologie gehen zu
135 Lasten der Menschen. DIE LINKE Baden-
136 Württemberg fordert, die Finanzierung der
137 Kommunen mit der Einführung einer kon-
138 junktur-unabhängigen Gewerbesteuer

139 (Gemeinwohlsteuer) auf eine neue Grund-
140 lage zu stellen.

141 Eine Privatisierung öffentlicher Einrichtun-
142 gen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE
143 Baden-Württemberg ebenso ab wie die Be-
144 teiligung privater Investoren an öffentli-
145 chen Investitionen. Bereits privatisierte
146 Einrichtungen und Betriebe müssen re-
147 kommunalisiert werden. Die im
148 schwarz/gelben Koalitionsvertrag anvisier-

149 te Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung
150 für öffentliche Betriebe kommt für DIE
151 LINKE Baden-Württemberg nicht infrage.

152 DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die
153 Landesregierung auf, im Bundesrat gegen

154 das Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz und
155 gegen die für 2011 vorgesehene Steuerre-
156 form zu stimmen. Sie gehen zu Lasten der
157 Landes- und Kommunalfinanzen.

158 **3. Armut bekämpfen – Reichtum begrenzen**

159 Das Armutsrisiko in Baden-Württemberg
160 steigt - vor allem für alleinerziehende El-
161 tern, Migrantenfamilien, Seniorinnen und
162 Kinder. 90 Prozent der Alleinerziehenden
163 sind Frauen, davon lebt ungefähr die Hälfte
164 von Hartz IV. Jedes achte Kind unter sieben
165 Jahren ist von Armut bedroht. Die Zahl der
166 Erwerbslosen, der Hartz IV-
167 EmpfängerInnen und derer, die von ihrem
168 Einkommen nicht leben können, nimmt zu.
169 Wohnungslosigkeit, Überschuldung, feh-
170 lende Gesundheitsfürsorge und soziale
171 Ausgrenzung drohen. Armut macht krank.
172 Armut grenzt aus. Armut macht perspektiv-
173 los.

174

175 Die Landesregierung lehnt die Erstellung
176 eines Armutsbericht weiter ab. Stattdessen

177 droht der neue Ministerpräsident Mappus
178 zum Beispiel Eltern mit Sanktionen, die ih-
179 ren Kindern kein Pausenbrot mitgeben. DIE
180 LINKE Baden-Württemberg dagegen be-
181 kämpft nicht die Armen, sondern die Ar-
182 mut! Auf Bundesebene setzt sich DIE LIN-
183 KE mit Sozialverbänden, Gewerkschaften
184 und außerparlamentarischen Initiativen da-
185 für ein, dass die Schere zwischen Arm und
186 Reich nicht weiter auseinander geht. Hartz
187 IV muss weg, eine bedarfsgerechte Grund-
188 sicherung und ein gesetzlicher Mindest-
189 lohn müssen her.

190 Eine Umverteilung von oben nach unten tut
191 Not. Erster wichtiger Schritt dahin ist die
192 Millionärssteuer – auch, damit Kommunen
193 eine bessere finanzielle Ausstattung für
194 Soziales und Bildung erhalten.

195 **Sofortprogramm gegen Armut:**

196 ★ Das menschenunwürdige Hartz IV-
197 System, das Armut und Erniedri-
198 gung produziert, muss abgeschafft
199 werden. In Baden-Württemberg
200 muss der Druck auf Jobcenter und
201 Sozialämter, Sanktionen gegen die
202 Leistungsberechtigten auszuüben,
203 zurückgenommen werden.

204 ★ Die Kommunen müssen ausrei-
205 chend bezahlbaren Wohnraum für
206 Geringverdienende, Alleinerzie-
207 hende und kinderreiche Familien
208 schaffen. Bund und Land sollen ei-
209 nen höheren Anteil bei den Kosten
210 für Unterkunft übernehmen. Die
211 Kommunen brauchen Entlastung,

212 damit sie ihren Aufgaben der Da-
213 seinsvorsorge nachkommen kön-
214 nen.

215 ★ Ein landesweites Sozialticket soll
216 Menschen mit geringem Einkom-
217 men der Zugang zu Mobilität, zu
218 Bildung, Kultur und Sport in Ba-
219 den-Württemberg ermöglichen.

220 ★ Eine humane Gesundheits- und
221 Pflegepolitik muss flächendeckend
222 und in öffentlicher Trägerschaft
223 angeboten werden.

224 ★ Die Landespolitik soll durch ein
225 Vergabegesetz garantieren, dass
226 alle öffentlichen Aufträge von

227	Bund, Ländern und Kommunen an	233	tarifgebundene Arbeitsplätze er-
228	die Einhaltung von tariflichen, so-	234	setzt werden. Es darf zum Beispiel
229	zialen und ökologischen Standards	235	nicht sein, dass der Verdienst Al-
230	gebunden werden. Niedriglöhne,	236	leinerziehender in sozialen Berufen
231	400 Euro-Jobs und Leiharbeit	237	im öffentlichen Bereich zum Leben
232	müssen zurückgedrängt und durch	238	nicht ausreicht.

239 **4. Kein Boden für Rassismus und Neofaschismus**

240	Auch in Baden-Württemberg nehmen ras-	248	desregierung verfolgt und bestraft statt
241	sistische, antisemitische und neofaschis-	249	der neofaschistischen Gewalttäter die an-
242	tische Aktivitäten und Übergriffe zu. Die	250	antifaschistische Gegenwehr und fördert un-
243	„Jungen Nationaldemokraten“ haben seit	251	ter anderem das „Studienzentrum Wei-
244	2005 in Baden-Württemberg ihre Mitglie-	252	kersheim“, dem eine Scharnierfunktion
245	derzahl verdoppelt, mit den „autonomen	253	zwischen Rechtskonservativen und
246	Nationalisten“ ist eine neue, gewaltbereite	254	Rechtsextremisten zukommt.
247	Jugendorganisation entstanden. Die Lan-		

255 **DIE LINKE Baden-Württemberg fordert**

256	★ Das antifaschistische Engagement	263	★ Verbot und Auflösung aller neofa-
257	zu unterstützen statt es zu behin-	264	schistischen Vereinigungen
258	dern!		
259	★ Den Faschismus im Geschichtsun-	265	★ Beendigung der Überwachung an-
260	terreicht aufzuarbeiten und die Ar-	266	tifaschistischer und linker Initiati-
261	beit der Gedenkstätteninitiativen	267	ven, Verbände und Parteien durch
262	aufzuwerten und zu fördern	268	das Landesamt für Verfassungs-
		269	schutz.

270 **5. Gleichberechtigung von Frauen durchsetzen**

271	Von der Gleichberechtigung von Frauen	276	benssicherung, von ungerechter Entloh-
272	und Männern sind wir auch in Baden-	277	nung, von weniger Teilhabe an Entschei-
273	Württemberg weit entfernt. Das Leben	278	dungen in Wirtschaft, Politik und anderen
274	von Frauen ist strukturell bestimmt von	279	Gesellschaftsbereichen sowie von der Be-
275	schlechteren Chancen zur eigenen Le-	280	drohung durch Gewalt.

281 **Die Linke Baden-Württemberg fordert, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu konkretisieren und umzusetzen sowie alle Formen von Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen durch:**

284	★ Besetzung aller Positionen im Zu-	290	speziell von Frauen, die auf dem
285	ständigkeitsbereich des Landes	291	Arbeitsmarkt Nachteile erfahren,
286	Baden-Württemberg mit einer	292	zum Beispiel Frauen mit Migrati-
287	Quote von 50 Prozent Frauen.	293	onshintergrund oder Frauen nach
		294	der Familienphase.
288	★ Einrichtung von Landesprogram-		
289	men zur beruflichen Förderung		

- 295 ★ Die flächendeckende Einrichtung,
296 den Erhalt und Ausbau von
297 Gleichstellungs- und Beratungs-
298 stellen (Themen u.a.: Berufswahl-
299 orientierung für Mädchen, Chan-
300 cen für Frauen mit Migrationshin-
301 tergrund, Ausarbeitung und
302 Durchsetzung von Gleichstel-
303 lungsprogrammen).
- 304 ★ Gesicherte Finanzierung von Frau-
305 enhäusern sowie die unbürokrati-
306 sche, ortsungebundene und zuzah-

- 307 lungsfreie Aufnahme von Frauen
308 und Kindern in Not; Aufstockung
309 der Mittel für Einrichtungen gegen
310 Gewalt an Frauen; Verstärkung der
311 Hilfen für Frauen und Mädchen mit
312 Migrationshintergrund.
- 313 ★ Umfassendes Konzept zur Gewalt-
314 prävention unter Einbeziehung des
315 Bildungswesens.

316 **6. Vielfalt der Lebensweisen fördern – Diskriminierung bekämpfen**

- 317 Beruf und Familienarbeit müssen für Frau-
318 en und Männer endlich vereinbar werden.
319 Bis heute stützt und fördert nicht nur die
320 konservative Regierung traditionelle Ge-
321 schlechterrollen und ein Familienmodell
322 aus Vater, Mutter und Kind, bei dem die
323 Frau die Hauptlast der Familienarbeit
324 trägt. Neue Rollenmodelle und eine Viel-
325 falt an Lebensweisen müssen gesell-
326 schaftlich gefördert und auf rechtlicher,
327 kultureller und politischer Ebene gleichge-
328 stellt werden. Alternative Wohnkonzepte
329 sollen mehr Beachtung zum Beispiel durch
330 Förderprogramme erhalten.
- 331 Baden-Württemberg ist ein Einwande-
332 rungsland! MigrantInnen aus aller Welt
333 sind selbstverständlicher Teil des gesell-
334 schaftlichen Lebens und der kulturellen
335 Vielfalt dieses Landes. DIE LINKE be-
336 kämpft Rassismus, Vorurteile, Benachtei-
337 ligung und Gewalt gegen Menschen mit
338 Migrationshintergrund auf allen Ebenen.
- 339 DIE LINKE tritt ein für eine Humanisierung
340 des Bleiberechtes für Mitbürger ein, die
341 bislang ohne feste Aufenthaltserlaubnis

- 342 sind. Die unmenschliche Abschiebepolitik
343 des Landes muss beendet, Einbürgerung
344 muss erleichtert werden. Die Landesregie-
345 rung darf eine Entschärfung der gelten-
346 den "Altfallregelung" (wer kein Arbeitsver-
347 hältnis nachweist, muss gehen) im Bun-
348 desrat nicht weiter blockieren. DIE LINKE
349 tritt dafür ein, über eine Bundesratsinitia-
350 tive das kommunale Wahlrecht auf hier
351 lebende Nicht-EU-BürgerInnen auszuwei-
352 ten.
- 353 Die Behindertenpolitik des Landes muss
354 „inclusiv“, das heißt auf allen Ebenen und
355 von Anfang an selbstverständlich integrie-
356 rend, gestaltet werden. DIE LINKE Baden-
357 Württemberg fordert, die UN Konvention
358 für die Rechte von Menschen mit Behinde-
359 rungen schnell und nachhaltig umzuset-
360 zen. Sie ist an den „Barcelona-Kriterien“
361 auszurichten. Diese betreffen Bildung, Ar-
362 beit, ÖPNV und die selbstbestimmte Teil-
363 habe am öffentlichen Leben, auch auf
364 kommunaler Ebene. Vieles kann nur auf
365 Landesebene umgesetzt werden. Bisher
366 fehlt in Baden-Württemberg ein Konzept
367 zur Umsetzung der UN Konvention.

368 **7. Gleiche Chancen für alle Kinder!**

- 369 Mit dem Begriff „Kinderland Baden-
370 Württemberg“ gaukelt die Landesregie-

- 371 rung eine Idylle vor, während sich die Le-
372 bensbedingungen vieler Kinder und Ju-

373 gendlicher verschlechtern. Kinder zu ha-
374 ben bedeutet in unserem Musterländle
375 nach wie vor ein um ein vielfach erhöhtes
376 Armutsrisiko. In Zukunft will die Landes-

377 regierung noch mehr Kosten auf die Erzie-
378 henden abwälzen. Das ist soziale Auslese
379 pur und richtet sich gegen die Kinder, die
380 Förderung am nötigsten haben.

381 Deshalb fordert die LINKE Baden-Württemberg:

382 ★ Die Kleinkindbetreuung muss ent-
383 sprechend dem Bundes-Kinder-
384 förderungsgesetz vom April 2008
385 bis zum Jahr 2013 planmäßig und
386 ohne Abstriche ausgebaut werden.
387 Integration fängt im frühen Alter
388 an. Je früher ein Kind in eine Krip-
389 pe geht, desto besser sind seine
390 späteren Bildungschancen. Die
391 Chancen für Kinder aus sozial be-
392 nachteiligten Schichten und aus
393 Migrantenfamilien müssen verbes-
394 sert werden.

395 ★ Die Kleinkindbetreuung muss zu
396 Öffnungszeiten erfolgen, wie sie
397 die Eltern benötigen. Dies darf
398 nicht auf Kosten von Kindergar-
399 tenplätzen gehen.

400 ★ Verkleinerung der Kita-Gruppen,
401 um eine wirklich kindgerechte

402 Betreuung zu gewährleisten und
403 ErzieherInnen zu entlasten.

404 ★ Um gegen die Zunahme der Kin-
405 derarmut im Land vorzugehen, tritt
406 die LINKE für gebührenfreie Kita-
407 Plätze ein und wendet sich gegen
408 jede Erhöhung der Kita-Gebühren.

409 ★ Die Linke setzt sich für qualifizier-
410 tes Personal durch Studium und
411 Weiterbildung ein. Das gilt beson-
412 ders für die Sprachfördermaß-
413 nahmen in Kitas.

414 ★ Der beschlossene Orientierungs-
415 plan muss umgesetzt werden. Da-
416 zu gehört, dass die Landesregie-
417 rung die Kosten trägt und die Kita-
418 Zuschüsse nicht mehr einfriert
419 (seit 2002).

420 8. Bildung

421 Das Bildungssystem ist weder kinder-
422 freundlich noch gerecht oder effektiv.
423 Auch und gerade in Baden-Württemberg
424 befördert es soziale Ungleichheit. Das
425 Festhalten der CDU-FDP-Landesregierung
426 am dreigliedrigen Schulsystem bewirkt ein
427 bildungspolitisches und gesellschaftliches
428 Desaster. Das muss schnellstmöglich be-
429 endet werden.

430 An den Schulen nehmen psychische Er-
431 krankungen, Gewalt und Selbstmordge-
432 fährdungen zu. Ursache davon ist auch ei-
433 ne Bildungspolitik, die schon in Kindesal-
434 ter auf Druck und Selektion setzt und ge-
435 rade jene Kinder ohne Unterstützung

436 lässt, die sie dringend bräuchten. Das
437 neue Konzept der Werkrealschule stellt
438 keine Alternative zur Hauptschule dar,
439 sondern soll die geplante Schließung von
440 60 Prozent der Hauptschulen als Fort-
441 schritt verkaufen.

442 Der Bereich der Hochschulen in Baden-
443 Württemberg ist gekennzeichnet von einer
444 Verschulung des Studiums, von der Ver-
445 engung der Wahlfreiheit und von überfüll-
446 ten Hörsälen. Anstatt der Freiheit von
447 Lehre und Forschung herrschen Studien-
448 gebühren und Abhängigkeit von der Wirt-
449 schaft.

450 **DIE LINKE Baden-Württemberg fordert**

- 451
- 452 ★ die wohnortnahe, soziale Gemein- 468 ★ Die verbindliche Grundschul-
453 schaftsschule, in der alle Kinder 469 „Empfehlung“ nach der vierten
454 mit gleichen Chancen lernen kön- 470 Klasse muss weg.
455 nen. Die Schule soll soziale Kom- 471 ★ DIE LINKE unterstützt Kommunen
456 petenz und gewaltfreie Kommuni- 472 und Elterninitiativen, die sich für
457 kation vermitteln. 473 wohnortnahe Gemeinschaftsschu-
474 len einsetzen.
- 458 ★ kleinere Klassen in allen Schular- 475 ★ Der Einfluss der Wirtschaft auf die
459 ten! Reformpädagogische Ansätze 476 Universitäten muss zurückge-
460 müssen in Regelschulen breiteren 477 nommen werden. Dagegen ist die
461 Raum einnehmen. 478 soziale Öffnung der Hochschulen
462 ★ Schulsozialarbeit, Lernmittelfrei- 479 sowie selbstbestimmtes Lernen
463 heit, Mittagessen, sportliche und 480 und Forschen zu fördern. Das geht
464 kulturelle Angebote sind als kos- 481 nur mit Gebührenfreiheit und einer
465 tenlose Angebote für alle Kinder 482 aktiven, verfassten Studierenden-
466 an allen Schulen des Landes anzu- 483 schaft sowie mehr Lehrpersonal.
467 bieten.

488 **DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt die Proteste von SchülerInnen und Studieren-**
485 **den für bessere Bildungsbedingungen auf allen Ebenen.**

486 **9. Umwelt/Energie**

- 487 Der Umbau zur ressourcensparenden und 504 kraftwerke ist unverantwortlich und rich-
488 ökologischen Produktions- und Lebens- 505 tet sich gegen den Mehrheitswillen der
489 weise ist im hochindustrialisierten Baden- 506 Baden-WürttembergerInnen.
490 Württemberg das Gebot der Stunde. Die 507 DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich
491 Orientierung der Landesregierung auf ex- 508 dafür ein, die großen Entwicklungspoten-
492 portorientiertes Wachstum ohne Rück- 509 tiale des Landes – von der dezentralen
493 sicht auf die natürlichen Ressourcen hat 510 Wärmezeugung über umweltfreundliche
494 massive ökologische und energetische 511 Technologie bis zur ökologischen Land-
495 Probleme zur Folge. Die fast uneinge- 512 wirtschaft – endlich zu fördern. Auch gilt
496 schränkte politische Vorfahrt für den mo- 513 es, eine demokratisch Kontrolle über die
497 torisierten Individualverkehr hat in Baden- 514 Energiewirtschaft herzustellen, um das
498 Württemberg eine notwendige ökologi- 515 Prinzip der Gemeinwohlorientierung in
499 sche Modernisierung ausgebremst. Das 516 Verbindung mit sozial-ökologischer Ver-
500 Festhalten an Prestigeprojekten verhin- 517 antwortung durchzusetzen. Eine Senkung
501 dert den Ausbaus des ÖPNV in der Fläche. 518 des Energieverbrauchs auf allen Ebenen
502 Die Forderung der Landesregierung nach 519 ist vorrangiges politisches Ziel.
503 Verlängerung der Laufzeiten für Atom-
520

520 DIE LINKE Baden-Württemberg fordert

521 ★ Den Ausstieg aus der Atomkraft
522 und ein Ende der Nutzung fossiler
523 Energieträger zur Stromherstel-
524 lung.

525 ★ Wirkungsvolle Sanktionen gegen
526 Preisabsprachen auf dem Ener-
527 giemarkt.

528 ★ Die ENBW als größter baden-
529 württembergischer Energiekon-
530 zern muss demokratisch kontrol-
531 liert werden und Energie- und
532 Wasserversorgung ist vollständig
533 zu rekommunalisieren. Die Mög-
534 lichkeiten der dezentralen kom-
535 munalen Energieversorgung sind
536 zu fördern.

537 ★ Eine regionale Land- und Forstbe-
538 wirtschaftung, die mittels ökolo-

539
540
541
542
543
544
545
546

gisch-nachhaltiger Kreislaufwirt-
schaft Kulturlandschaften schützt,
artgerechte Tierhaltung gewähr-
leistet und gesunde Lebensmittel
produziert. Gentechnik, Chemie-
cocktails und Breitbandantibiotika
haben auf unseren Feldern und
Höfen nichts zu suchen.

547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557

★ Den konsequenten Ausbau des
ÖPNV und des Schienenverkehrs.
Dieser muss barrierefrei und per-
spektivisch kostenlos angeboten
werden. Öffentliche Investitionen
in ÖPNV, Bahninfrastruktur und al-
ternative Verkehrsangebote wie
Car-Sharing fördern den sozial-
ökologischen Umbau des Landes
und schaffen dauerhaft Arbeits-
plätze.

558 10. Demokratie

559 Der Staat steht heute den Menschen zu-
560 nehmend als Widersacher gegenüber. Er
561 macht sie zu Bittstellern in Bezug auf ei-
562 gene Rechte und Informationen, misstraut
563 ihnen und lässt sie bei politischen Ent-

564
565
566
567

scheidungen außen vor. In Baden-
Württemberg sind die Formen der demo-
kratischen Entscheidung in besonderer
Weise eingeschränkt.

568 DIE LINKE Baden-Württemberg fordert

569 ★ Die Möglichkeiten von Volksbe-
570 gehren und Volksentscheiden in
571 Landesverfassung und Gemeinde-
572 ordnung deutlich auszuweiten. Da-
573 zu ist eine Senkung der Quoren,
574 eine Ausweitung der Zulässigkeits-
575 regeln sowie eine Beratungspflicht
576 gegenüber Initiatoren notwendig.

583
584
585
586

Kommunen gehört gestärkt, die
Amtszeit der BürgermeisterInnen
verkürzt und die Direktwahl der
Landräte eingeführt.

577 ★ Beschäftigte und Betroffene in po-
578 litische Entscheidungen konse-
579 quent einzubeziehen z.B. in Form
580 von Bürgerhaushalten oder Be-
581 schäftigten-/Betroffenen-Beiräten.
582 Das Selbstbestimmungsrecht der

587
588
589
590
591

★ Ein Versammlungsrecht zu schaf-
fen, das zu öffentlicher Meinungs-
äußerung und demokratischem
Protest ermutigt statt zu kontrol-
lieren und einzuschüchtern.

592
593
594
595

★ Schluss mit einer Politik, die unter
dem Vorwand der "Sicherheit" die
Freiheitsrechte der Menschen be-
schneidet. Konsequenter Daten-

- | | | | | | |
|-----|---|------------------------------------|-----|---|-------------------------------------|
| 596 | | schutz und ein Anspruch auf Ein- | 605 | | der Durchsetzung ihrer Rechte un- |
| 597 | | sicht in persönliche Datensätze | 606 | | terstützen. |
| 598 | | gehören dazu. | | | |
| 599 | ★ | Den Zugang zu Informationen, ge- | 607 | ★ | Eine Verstärkung der Angebote |
| 600 | | rade in den Bereichen Verbrau- | 608 | | politischer Bildung, die mehr Men- |
| 601 | | cherschutz und soziale Rechte, zu | 609 | | schen ermutigt, sich politisch ein- |
| 602 | | erleichtern. Unabhängige Bera- | 610 | | zumischen. |
| 603 | | tungs- und Schlichtungsstelle sind | | | |
| 604 | | einzurichten, die Menschen bei | | | |

611 Leitantrag Ende